Freitag, 18. Juli 2014 | Nr. 29/30 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

BUNDESFEIERTAG

Redaktion und Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen 1. August!

Die nächste Ausgabe erscheint am Freitag, 8. August 2014.

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

EXEKUTIVE UND AUFTRAG

Wer regiert heute die Schweiz?

Das kalte Vorgehen des Bundesrates in der Europapolitik, das Foutieren um Volksmehrheiten, der Kniefall der schweizerischen Behörden gegenüber der Europäischen Union zeigen überdeutlich, dass unsere Landesregierung das Volk nicht mehr vertritt. Wie in einer Bananenrepublik wird mit den Volksrechten hierzulande umgegangen.

Reinhard Wegelin
Parteisekretär
SVP des Kantons Zürich

«Wer regiert die Schweiz?», fragte vor über 30 Jahren der linksliberale Publizist Hans Tschäni. Heute wird die in der Verfassung verankerte Unabhängigkeit von unserer Landesregierung nicht mehr ernst genommen. Bei Verhandlungen diktiert der «Partner» was gemacht werden muss. Schweizerische Interessen werden kaum mehr vertreten. Im Gegenteil, man entschuldigt sich laufend im Ausland für Volksentscheide. Wie zuletzt bei der Annahme der Initiative «gegen Masseneinwanderung».

Mogelpackung folgt auf Mogelpackung

Bei Verhandlungen geht es nur noch darum, fremdes Recht und fremde Richter zu akzeptieren. Dies wird jetzt deutlich sichtbar beim Bekanntwerden des Verhandlungsmandats zur institutionellen Einbindung. Die schweizerische Souveränität wird weiter untergraben. Bundesrat und die Aussenpolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte haben diesem Irrsinn zugestimmt. Es ist doch völlig klar: Die institutionelle Einbindung der Schweiz dient dem Beitritt der Schweiz zum EU-Binnenmarkt. Das wäre mit einem riesigen Souveränitätsverlust verbunden.

«Volksentscheide werden bewusst nicht mehr ernst genommen.»

Der grosse Schaffhauser Historiker Wolfgang von Wartburg hat in seinem Werk «Die europäische Dimension der Schweiz» deutlich gesagt, was Unabhängigkeit und Neutralität für die Schweiz bedeuten:

«Nur der Neutrale kann die Menschenrechte ohne machtpolitische Rücksichten vertreten. Die schweizerische Neutralität ist in demselben Sinne »ewig« wie die Bünde selbst. Die Berechenbarkeit ihrer Aussenpolitik ist der beste Beitrag der Schweiz zum allgemeinen Frieden. Neutralität ist die Alternative zur Kollektivsicherheit. In einer Kollektivorganisation (Uno, EU, Nato, Partnerschaft für den Frieden) geschieht entweder gar nichts, da niemand verantwortlich ist, oder sie wird zum Werkzeug der mächtigsten Partner. Der Beitritt zu einem Sicherheitskollektiv würde die Schweiz auf jeden Fall zum Komplizen der Machtpolitik machen, sie wäre für jeden Schritt mitverantwortlich, ohne doch an den Machtverhältnissen etwas ändern zu können.»

Die Schweiz wird zunehmend von aussen regiert, weil Volksentscheide von unseren Behörden bewusst nicht mehr ernst genommen werden. Das Volk scheint nichts mehr zu sagen zu haben, wenn es um die Aussenpolitik geht. Aber auch in der Energiepolitik wird das Volk nicht gefragt, obwohl im Departement Leuthard bahnbrechende Entscheidungen gefallen sind, und so getan wird, als ob das Volk die so genannte Energiewende begrüsst. Man foutiert sich um die teureren Stromrechnungen. – man presst die Schweiz in ein enges, planwirtschaftliches Konzept. Erst wenn alles schon entschieden und aufgegleist ist, darf dann das Volk vielleicht noch etwas dazu sagen.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Subventionierung der erneuerbaren Energien und die individuellen, verpflichtenden Effizienzziele, die den Stromversorgern auferlegt werden, mit der Strommarktliberalisierung zu vereinbaren sind.

Auch hier gilt: Geldverschwendung kommt im Bundesrat offenbar vor der Wahrung der Unabhängigkeit. Wird die Politik in der Schweiz immer komplizierter, wie allent halben von Profi-Politologen zu hören ist, die das Milizparlament zum Verschwinden bringen möchten. Das ist ihnen nämlich sichtlich ein Dorn im Auge. Auch diese so genannte Professionalisierung auf allen Ebenen führt zu schlechten Resultaten, Wir lassen uns mehr und mehr von so genannten Spezialisten vorschreiben, was der angebliche gesunde Menschenverstand sein soll. Das Primat der Politik geht dabei meistens verloren.

«Bewährtes und Sinnhaftes wird zugunsten von etwas Neuem abgeschafft.»

Der Milizgedanke und die Unabhängigkeit sind im Kleinstaat sehr eng verflochten. Wird an der Miliz gesägt, geht auch die Unabhängigkeit bachab.

Drohender Verlust des Schweizerpsalms

Aber der Unsicherheiten noch nicht genug. Modernistische Kreise – man kann auch sagen «vaterlandslose Gesellen» – wollen unseren Schweizerpsalm weg haben. Die Melodie sei zwar in Ordnung, aber der Text dürfe einfach nicht sein, ist von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) zu hören. Sie hat einen so genannten Künstlerwettbewerb lanciert. In einer Art Casting-Show soll der bisherigen Hymnen-Text abgeschafft werden, kritisierten dieser Tage die JSVP zusammen mit der JCVP.

Der 1841 geschriebene Schweizerpsalm sei identitätsstiftend und quer durch alle Alters- und Gesellschaftsschichten bestens akzeptiert. Als Argument für eine «Erneuerung» führe die SGG mitunter ins Feld, dass heutzutage kaum mehr jemand den Text des Schweizerpsalms kenne. «Dieses Problem resultiert wohl eher daraus, dass zum Beispiel in der Schule die Werte und Traditionen sowie die (christliche und liberale) Geschichte der Schweiz viel zu kurz kommen», schreiben die beiden Jungparteien in einer Mitteilung treffend. Auch hier ist offenbar das Ziel, Bewährtes und Sinnhaftes abzuschaffen zugunsten von etwas Neuem und im Volk nicht Akzeptiertem.

Sonntagsreden

Am kommenden 1. August werden wir wieder landauf landab patriotische Töne zu hören bekommen, wie schön doch die Schweiz sei. Aber die meisten dieser Redner machen dann wieder mit, wenn die bewährten Institutionen zunehmend aufgelöst und die Verantwortung aufgebröselt wird. Es wird empfohlen, einmal genauer hinzuhören – um später diese Politiker beim Wort nehmen zu können. Schon nächstes Jahr ist mit den Kantonsratswahlen und später bei den Eidgenössischen Wahlen eine Korrektur vorzunehmen. Nur wer zu unserer Unabhängigkeit ohne Wenn und Aber steht, ist wählbar. Erst dann hätte das Parlament endlich Leute, «die bei Druck aus dem Ausland nicht gleich umfallen», wie sich alt Bundesrat Christoph Blocher kürzlich in einem Interview ausdrückte.

«Die Schweiz muss in Bern und in Brüssel endlich verteidigt werden!»

Wer regiert heute die Schweiz?

Eine Kamarilla, der jede Volksabstimmung höchst zuwider ist. Ein Bundesrat, der seinen Eid, nämlich die Unabhängigkeit zu wahren, nicht mehr ernst nimmt. In Art. 2 unserer Bundesverfassung ist der Zweck unseres Staates sehr deutlich festgehalten.

Unter anderem heisst es da: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Wer hält sich noch an diesen Artikel in unserer medienbesessenen, politisch korrekten Zeit? Der SVP und ihren Verbündeten wird es vorbehalten bleiben, das Volk zu informieren, damit dieser Irrsinn der institutionellen Einbindung gestoppt werden kann.

Die Schweiz muss endlich in Bern (und in Brüssel) verteidigt werden!

1.-August-Feiern

Auch dieses Jahr finden im ganzen Kanton viele 1. August-Feiern mit SVP-Referenten statt.

Eine Übersicht der Veranstaltungen ist auf **Seite 8** zu finden.

Christoph Mörgeli

Griechen-Grosskreuz und Gowex SA

Preis und Orden wurden ihm vor einem Jahr übergeben: Jean-Claude Juncker empfing in Athen das «Grosskreuz des Erlösers». Erlöst hat der frühere Vorsitzende der Euro-Gruppe die Griechen nämlich vor dem Staatsbankrott. Mit vielen EU-Milliarden seiner europäischen Untertanen. Europa hat seinen Preis. Europa hat vor allem seine Preise. Ungezählt ist die Zahl der Ehrungen, mit denen EU-Bonzen von Staates wegen die Wirtschaft auszeichnen – wie ehedem die Diktatoren von DDR und UdSSR ihre Staatswirtschaftsfunktionäre.

Da gibt's den Europäischen Unternehmensförderpreis. Und den Europäischen Handwerkspreis. Und den EU-«Green-Building»-Preis für Energieeffizienz. Und den EU-Förderpreis für innovative Projekte. Und den René-Descartes-EU-Forschungsförderpreis. Und den «Erasmus+»-Preis «Good Practice». Und den EU-Umweltpreis «Best of the Best».

Von der EU beehrt und bejauchzt wurde auch die spanische Firma Let's Gowex SA, Anbieter von drahtlosen Netzwerken und Wi-Fi-Provider. Anno 2012 hat die Europäische Kommission die Let's Gowex SA mit dem Preis der «Best New Listed Company» ausgezeichnet. Dies wegen Verdiensten um «Marktanteil», «Beschäftigung», «Gewinnwachstum», «langfristige Entwicklung», «Reputation» sowie «Verkauf». Verkauft hat die Madrider Firma vor allem ihre Kunden und Investoren. Der Gründer und CEO hat über Jahre die Bilanzen gefälscht. Die Let's Gowex SA entpuppte sich als betrügerische Blase. Als klassische Anlegerfalle. Während die EU Finanzinstitute unter dem Vorwand des Anlegerschutzes zu Tode reguliert, hat sie die mittlerweile wertlose Let's Gowex SA als seltenes Beispiel eines spanischen Firmenerfolgs abgefeiert.

Doch die wirtschaftliche Realität der Europäischen Union überschattet das glanz- und salbungsvolle Preisverteilen ihrer Beamten. Griechenland hat seine Transfergelder demnächst aufgezehrt. Italien zahlt seit Jahren Verrechnungssteueransprüche nicht zurück. Italiens Mittelstand packt die Koffer und zieht zu den Verwandten in die Schweiz. Nur schon Meldungen über Zahlungsprobleme des portugiesischen Banco Espírito Santo haben die Kapitalmärkte erschüttert. Nicht einmal ein Bankhaus, das den schönen Namen des Heiligen Geistes trägt, steht heutzutage im frommen Portugal noch unerschüttert. Denn der unheilige Geist des Marktes ist stärker.

DÜSTERE AUSSICHTEN

Die EU zelebriert sich selber – und versagt geostrategisch

Die Europäische Union feiert die Wahl ihres für die Schweiz paradoxerweise gefährlichen, integrationsfreudigen neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Die Europawahlen zeigen aber eine zunehmende Euroskepsis an der Basis. Narzisstisch ist die EU mit sich selbst und der Euro-Rettung beschäftigt. Dafür unterschätzt man in Brüssel die weltpolitischen Gefahren, die immer drohender werden. An den entscheidenden Fronten versagt die EU – kläglich.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich 12

Die Zeiten der Naivität sind vorbei: Lange hat man Russland hofiert, doch die Krise in der Ukraine hat gezeigt, welches die Realitäten sind; wenn wir Glück haben gerade noch rechtzeitig.

«Jubiläen» als Mahnmale

Ein Jubiläum, das keinen Anlass zum Feiern bietet: Es ist das Gedenken daran, dass vor hundert Jahren der erste Weltkrieg ausbrach, der dann auch für den zweiten die Voraussetzungen lieferte. Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Ferdinand und seine Frau galten als Ursache; es war aber bloss der Auslöser eines Automatismus, für den die internationalen Verstrickungen den Nährboden boten. Die Lehre daraus ist, dass dieser Nährboden oft nicht wahrgenommen und unterschätzt wird – und dann wundert man sich über den fatalen Funken. Dieser selbst ist unerwartet; doch die aufgebauten Spannungen sind es nicht.

Vor einem Vierteljahrhundert wurde der Stacheldraht des «Eisernen Vorhanges» durchgeschnitten – im Herbst fiel dann die Berliner Mauer. Das war das scheinbare Ende des «Kalten Krieges». Doch die Zeiten des Feierns sind vorbei: Der Kreml zeigt seine Absicht, das russische Imperium mindestens teilweise wieder herzustellen. Syrien ist die Tragödie des neuen Jahrtausends. Und die radikalen Islamisten verunsichern im Nahen Osten, der Vormarsch der Brutalos im Nordirak ist bedrohlich.

Auch da hat der Kreml die Hände im Spiel: Mit dem Veto im Sicherheitsrat verhinderte Russland zusammen mit China eine «Humanitäre Intervention». Die USA und die NATO wollten nicht unilateral intervenieren – die internationale Schelte wäre sicher gewesen. So entstand in Syrien ein Vakuum, in welchem sich die Islamisten einnisten konnten. Nun ist eine Intervention angesichts der unüberschaubaren Lage so gut wie unmöglich.

So konnte sich die radikale ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) eine Ausgangsbasis für den Vormarsch im Irak schaffen; dazu bot der autoritäre, aber schwache Präsident Nuri al Maliki die besten Voraussetzungen. Mit einer Intervention würde der Westen diesem autoritären Versager bloss die Kastanien aus dem Feuer holen und ihn in seinem Realitätsverlust bestätigen.

Zentrifugale Kräfte in Europa

Die internationale Lage gibt derzeit keinen Anlass zur Ruhe: Wohl wurde die «Europäische Union» (EU) gegründet mit dem Anspruch «nie mehr Krieg» – dafür gab es gar in der grössten Krise des «Euro» mit dem sozialen Unfrieden in südlichen Ländern noch den Friedensnobelpreis. Doch hier geben die Europawahlen zur Sorge genügend Anlass. Zu erwarten war, dass die europakritischen Parteien grosse Gewinne erzielen würden; das war angesichts der Torturen, welche die «Euro-Krise» den Menschen zumutete, gut verständlich. Doch damit einher ging auch eine Stärkung radikalnationalistischer Kräfte; da wird auch der nationalsozialistische Geist gerufen. Parallel dazu schrillen auch rassistische Töne, mit denen, um ein Beispiel zu nennen, beim Front National in Frankreich der Vater von Marie Le Pen seiner Tochter einen Bärendienst leistet; er bringt sie so um den Erfolg des Wahlresultates.

Aber auch im Europäischen Parlament führen solche Radikalismen dazu, dass es für viele schwierig wird, eine europakritische Fraktion zu bilden: ein Jammer, denn die kritischen Geister sind ja nicht politische und weltanschauliche Fundamentalisten, sondern eben das demokratische Gegengewicht zu den autoritären Strukturen, die in Brüssel ihr Epizentrum haben.

Gefährliche Wahl Junckers zum Kommissionspräsidenten

Die Wahl des «Mister Euro», Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der EU-Kommission freut europhile Pragmatiker, doch hier sind grosse Fragezeichen angebracht: Er ist einer, der eine immer stärkere Integration vorantreiben will und dazu war er auch ein glühender Verfechter der Euro Rettung – koste es, was es wolle. Wenn Juncker gar als «Freund der Schweiz» gehandelt wird, hat das seine Gefahren. Mit ihm könnte hierzulande die EU als Lamm positioniert werden und irreversible Zugeständnisse würden die Folge sein; doch er wird kaum zu lange der Kommission vorstehen – und was dann, wenn auf Juncker einer folgt, der die Kavallerie gegen die Schweiz ausreiten lassen will?

Geopolitisches Versagen – Preis der «Euro-Rettungs-Versuche»

Aussenpolitisch hat die EU mit Blick in den Osten versagt: Zu lange hat man Vladimir Putin sträflich, ja dümmlich als «lämmlich» eingeschätzt und sich in eine politische und wirtschaftliche Verflechtung manövriert, die gerade im Energiebereich – lies Erdgas – zu einer eigentlichen Abhängigkeit führte, welche ein wirkungsvolles Durchgreifen angesichts der imperialistischen Allüren in Moskau erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Statt geopolitisch wachsam zu sein, tanzten die EU-Minister um das goldene Kalb der «Euro-Rettung». Die Krise in der Ukraine hat den Schafspelz platzen lassen: Hässlich war die Annektion der Krim: Was sonst der Artillerie und des Einmarsches von Panzerdivisionen bedarf, war auf dem ukrainischen Territorium ohne schwere Einheiten möglich. Dazu bedurfte es einer anderen Strategie:

Wie von André Blattmann, dem Chef der Schweizer Armee zu erfahren war, wurden zunächst die Internetverbindungen zwischen Kiew und der Krim gestört; dann folgte die Telekommunikation, so dass nur noch russische Sender zu empfangen waren. Schliesslich schossen die Milizen aus dem Boden – in Tarnanzügen, aber ohne Embleme, welche die Identifikation mit einer bestimmten Truppe ermöglicht hätten; um diese Verschleierung noch zu vervollständigen, waren diese Kämpfer teilweise vermummt. Die Ukraine und die EU waren völlig überrumpelt, Kiew konnte den eigenen Truppen weder Anweisungen noch Befehle erteilen. So fiel die Krim kampflos wie eine reife Frucht den «Rebellen» in die Hände. Das folgende Referendum war eine ebenso wohl vorbereitete Farce; so war dann die absehbare Absetzung des prorussischen ukrainischen Präsidenten, Wiktor Janukowitsch, bloss noch der Auslöser. Einiges erinnert an Sarajewo.

In der Ostukraine sah der Plan wohl ähnlich aus, doch da war Kiew inzwischen besser vorbreitetet, so dass es jetzt zum eigentlichen Krieg kam. Woher die prorussischen Aktivisten ihre teilweise schweren Waffen haben, ist unschwer abzuschätzen und dass Russland immer wieder nach Vorwänden sucht, um seine schweren Verbände an der Grenze zu stationieren oder gar direkt «zum Schutze der Russen» einmarschieren zu lassen, ist ebenso klar.

Reale Gefahren

Und so sollte ebenso Schluss sein damit, die militärische Stärke der Russen weiterhin zu unterschätzen. Gemäss Marcel Seiler, dem Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, werden zwei Staaten in Europa im Jahre 2020 über die stärkste Luftwaffe verfügen: das sind die Türkei und Russland. Die Technologie werden die Russen haben und dank den Energiemilliarden auch das Geld dazu: düstere Aussichten.

NEIN ZUR EINHEITSKASSE

Keine Abschaffung der Wahlfreiheit im kommenden Gesundheitssystem

Die Schweizer Stimmbevölkerung stimmt im September bereits zum dritten Mal innert zwölf Jahren über die Einheitskasse ab. Zweimal wurde diese vom Volk deutlich verworfen.

Mit der kommenden Abstimmung spielen die links-grünen Initianten erneut mit unserem bewährten Gesundheitssystem. Sie ködern die Bevölkerung mit leeren Versprechungen, wie angeblich sinkenden Kosten. Eine glaubwürdige Begründung dafür sind uns die Initianten bis heute schuldig geblieben. Das erstaunt nicht, denn alleine die Systemumstellungskosten würden 2 Milliarden Franken betragen.

Bevormundung der Bürger

Wer im Gesundheitswesen sparen will, muss bei den medizinischen Leistungen ansetzen. Diese machen 95 Prozent der Kosten aus. Einheitskassen sparen denn auch durch den Abbau medizinischer Leistungen und die Einschränkung der Wahlfreiheit, wie ein Blick auf staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme im benachbarten Ausland zeigt. Zudem bevormundet die Einheitskasse die Bürger und Patienten, indem sie ihnen jegliche Wahlfreiheit und Eigenverantwortung im Gesundheitswesen wegnimmt.

FDP, SVP, BDP, CVP und Grünliberale wollen unser bewährtes Gesundheitssystem und die Wahlfreiheit der Versicherten bewahren. Aus diesem Grund bekämpfen sie gemeinsam die Einheitskasse, welche wichtige Errungenschaften unserer hervorragenden Gesundheitsversorgung aufs Spiel setzt.

Anlässlich einer Medienkonferenz wurde die Kampagne des Überparteilichen Komitees mit der Botschaft «Wir sind keine Einheitspatienten!» vorgestellt.

Weitere Informationen:
www.einheitskasse-nein.ch

ES DROHT EIN FINANZIELLER UND VERKEHRSPLANERISCHER UNSINN

Hardbrücke – Achtung Tram!

Strassenbahnen, Trams oder Stadtbahnen gehören zu den beliebtesten Verkehrsmitteln im städtischen Gebiet. Als schienengebundenes Fahrzeug gelten sie als sicher und komfortabel, der öV-Nutzer zieht diese dem Bus eindeutig vor.

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich 3/9

Trams sind denn auch bei Verkehrsplanern sehr beliebt. Der Vorteil «schienengebunden» bedeutet aber eine grosse Verantwortung in Planung und Realisierung, denn er ist zugleich ein grosser Nachteil. Sind die Linienführung gewählt und die Schienen verlegt, bleibt kein Spielraum – keine Flexibilität – mehr, die Fahrzeuge fahren nur noch den Gleisen nach. Bei Stadtbahnen kann man in diesem Zusammenhang und wegen den höheren Geschwindigkeiten, schon von einer Eisenbahn sprechen. Der Unterschied zwischen Strassen- und Stadtbahnen ist demnach auch marginal. Diesen aber in der Planung zu missachten bedeutet, bewusst Konflikte zu schaffen – d. h. Unfälle in Kauf zu nehmen – oder zumindest Störungen in Verkehrsfluss und Betrieb verantworten zu müssen.

Unfälle und Geisterbahn

Die Glattalbahn dient geradezu als Paradebeispiel wie man es falsch machen kann. 45 Unfälle seit Betriebsbeginn sprechen für, oder besser gegen, eine Stadtbahn im Strassenraum. Die SVP hatte schon seinerzeit vor der Linienführung in der Ringstrasse Dübendorf gewarnt und eine Etappierung, damit bessere Lösungen erarbeitet werde können, verlangt. Auf die Bedenken der SVP wurde keine Rücksicht genommen, eine Etappierung durch den Kantonsrat klar abgelehnt. Die Glattalbahn nahm auch die Hürde «Volksabstimmung» problemlos und trotz hohen Kosten erfreuen sich die Gemeinden ihrer Stadtbahn. Kann die Politik somit zufrieden sein?

Ein weiteres Beispiel; das Tram Zürich-West. Diese städtische Linie vom Escher-Wyss-Platz via Schiffbau, Pfingstweidstrasse zum Bahnhof Altstetten Nord wurde zur Erschliessung des geplanten Stadions geplant und gebaut. Auch hier konnte die SVP von der Qualität der Linienführung und den gegenüberstehenden Kosten nicht überzeugt werden, fehlte doch eine richtige Anbindung an die Hardbrücke und stellte das Tram einen gefährlichen Fremdkörper in Hard- und Pfingstweidstrasse dar. Die Referendumsabstimmung wurde angesichts des Zeitdruckes zur EURO2008 und der Verknüpfung mit dem Fussballstadion klar verloren. Die Situation heute, wir haben eine Tramlinie, die auf dem Abschnitt Bahnhof Altstetten Nord – Schiffbau als Geisterbahn verkehrt und nur den berühmt, berüchtigten Strichplatz (städtische Sex- bzw. Verrichtungsboxen) zu erschliessen scheint. Kann die Politik somit zufrieden sein?

Keine Lehren gezogen

Die Tram-Verlängerung zum Zoo Zürich wurde zwischenzeitlich vom Souverän klar abgelehnt. Die Zeiten kostspieliger Strassen- bzw. Stadtbahnen sind mit leeren Staatskassen rauer geworden, die Fragen kritischer und angesichts der nicht abreissenden Unfallserie der Glattalbahn ist dies auch berechtigt. Nun sollte also auch ein Tram über die Hardbrücke realisiert werden. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit, Stichwort Tramentwicklung Zürich – West, sollen somit übertüncht statt behoben und durch neue Unzulänglichkeiten ersetzt werden. Das Ganze zum stolzen Preis von 130 Mio. Franken für 700 Meter Infrastruktur. Will sich die Politik damit zufrieden geben?

Über die Hälfte der Hardbrücke soll ab 2017 ein Tram fahren. Die Linienführung des Trams ist so konzipiert, dass es auf der Hardbrücke zwei Fahrbahnquerungen mit insgesamt sechs Fahrstreifenquerungen vollzieht und zusätzliche Lichtsignalanlagen nötig werden. Mit diesen Manövern wird der Autoverkehr – nach Taktfahrplan sozusagen – immer wieder unterbrochen. Die Achse Rosengartenstrasse – Hardbrücke ist heute eine der wichtigsten und leistungsfähigsten innerstädtischen Verbindungen. 75 000 Fahrzeuge rollen täglich über die Rosengartenstrasse. Vier von fünf Fahrzeugen sind Verkehr, der direkt mit der Stadt Zürich in Verbindung steht. Nur eines von fünf Fahrzeugen ist sogenannt «gebietsfremd», müsste also nicht durch die Stadt fahren. Das Tram Hardbrücke als Riegel gegen den MiV zu benutzen, ist die teuerste Verkehrsbehinderungsmassnahme der Welt.

Hinzu kommen ungenügende oder fehlende Massnahmen für den Veloverkehr, keine direkte Anbindung des Toni-Areals mit über 3000 Studierenden und die Schaffung eines Unfallschwerpunkts der geplanten Linienführung anfangs der Rampe bei der Ausfahrt Hardplatz. Es scheint, als ob keine Lehren aus der Unfallsituation der Glattalbahn in der Ringstrasse Dübendorf gezogen würden. Die SVP-Fraktion hat stets auf die sehr gute Anbindung zum Albisriederplatz resp. Rosengarten durch drei bestehende Buslinien hingewiesen.

Nein zu diesem Unsinn

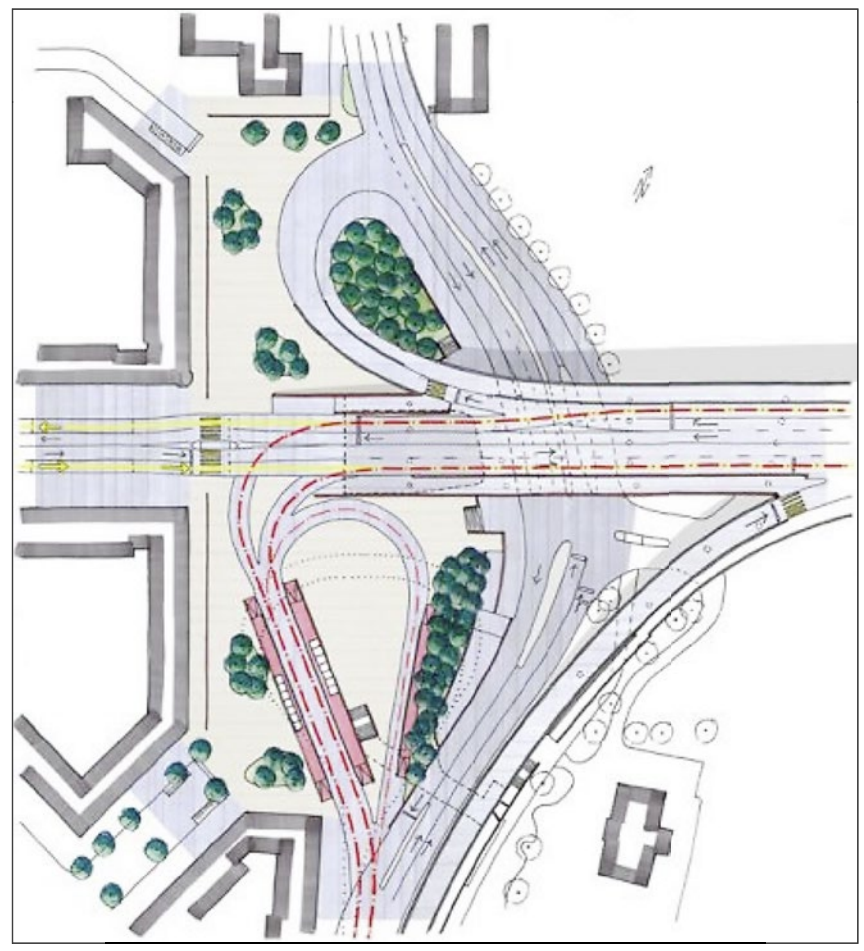
Dem betroffenen Quartier wird die bestehende Tramlinie 17 beschnitten, dem öV-Pendlerstrom eine Direktverbindung (Tram 8) zum Paradeplatz versprochen. Nicht eine Angebotsverbesserung des öffentlichen Verkehrs steht aber offenbar im Vordergrund, sondern dessen Instrumentalisierung. Das Projekt bezweckt ganz offensichtlich, die Hardbrücke für den motorisierten Individualverkehr zu blockieren. Die öV-Pendler sollen also mehrere grosse Einfallstore mit Tramanbindung in Zürich-West erhalten. Neben dem Bahnhof Altstetten, mit neuer Linienführung Tram 2, zusätzlich die Hardbrücke mit verlängertem Tram 8 und dafür ein unterbundener 17er am Escher-Wyss-Platz. Fernziel ist ein Rosengartentram (Linie 16) vom Bucheggplatz über die gesamte Hardbrücke, Albisriederplatz zum Bahnhof Altstetten mit Anschluss an die Limmattalbahn (LTB) bis Schlieren.

Den grössten Nutzen haben dabei aber nicht die betroffenen Quartiere in Zürich-West! Nein, diese müssen meist auf bestehende Angebote verzichten oder Verschlechterungen in Kauf nehmen. Werden Altstetten, die Grünau, Höngg und Aussersihl-Hard den zukünftigen öV-Pendlern geopfert? Hunderte Millionen Franken für Tramprojekte und die Bevölkerung von Zürich-West soll zusehen und abnicken? Die SVP sorgt mit dem Behördenreferendum dafür, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über diesen finanziellen und verkehrsplanerischen Unsinn abstimmen können. Abstimmen heisst auch Nein zur teuren und unerwünschten Tram-Zukunft sagen zu können.

Inmitten der rechten Fahrbahn würde das Tram Hardbrücke zu liegen kommen.

Hier biegt das Tram, von rechts kommend, auf die Rampe ein. **(Fotos: Lorenz Habicher)**

Offizielle Fotomontage aus dem Projekt Tram Hardbrücke (PD).



Und so sieht die gefährliche Ausfahrt, Hardplatz auf Rampe der Hardbrücke, im Plan aus (PD).

DER AKTUELLE VORSTOSS

Das Armenhaus an der Eulach und seine Bonität

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) hat soeben ihren Swiss Rating Guide 2014/ Inhaberschuldner auf dem Schweizer Kapitalmarkt publiziert.

Dem Werk ist zu entnehmen, dass die Stadt Winterthur durch die Finanzanalysten der ZKB neu mit «AA-/stabil» bewertet wird. Im Vorjahr bewertete die Bank Winterthur noch mit «AA».

Damit befindet sich die Stadt neu – gemäss den Analysten der ZKB – auf Ratinghöhe mit den Weltfirmen Novartis und Swiss Re.

Dies obwohl Winterthur nur mit Hilfe der Direktion der Justiz und des Innern des Kanton Zürich und einer durch das Gemeindeamt verordneten, höchst fragwürdigen Aufwertung des Verwaltungsvermögens (Pilotgemeinde HRM2) überhaupt noch über Eigenkapital verfügt, was Winterthur ermöglichte, auf dem Kapitalmarkt Geld zur Sanierung der (vor Sanierung massiv unterdeckten) städtischen Pensionskasse aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang bitten **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) und **Rolf Zimmermann** (SVP, Erlenbach) die Geschäftsleitung des Kantonsrats, dem Bankrat der Zürcher Kantonalbank mit einer Anfrage die nachfolgenden Fragen zur Beantwortung weiterzuleiten:

1. Was sind die Gründe, welche die Finanzanalysten der Zürcher Staatsbank veranlasst haben, die Wertpapiere eines maroden Inlandschuldners und Gemeinwesens gleich zu bewerten, wie die Wertpapiere zweier führender schweizerischen Grossunternehmen?
2. Geht die ZKB davon aus, dass marode Kommunen im Kanton Zürich bei Zahlungsunfähigkeit mit finanzieller Unterstützung des Kantons Zürich saniert oder deren Wertpapiere (nachträglich) durch den Kanton garantiert würden?
3. Was rechtfertigt noch ein Rating der Eulachstadt durch die ZKB mit einem «Investment-Grade»?
4. Scheuen die Analysten der Staatsbank bei der Herabstufung der Stadt Winterthur auf ein «Non-Investment Grade» die entsprechenden Konsequenzen aufgrund der Stellung der ZKB als «Market-Maker», als Emittent im organisierten Kapitalmarkt, von Derivaten, Derivategebundenen Produkten und als Verwalterin von Vermögen Nichtmündiger, von Stiftungen und öffentlich-rechtlichen Institutionen etc.?

KANTONALE VOLKSINITIATIVEN «JA ZU FAIREN GEBÜHREN»

Initiativkomitee enttäuscht über Kommissionsbeschluss

ZB. Das Initiativkomitee «Ja zu fairen Gebühren», bestehend aus Vertretern des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich KGV und des Hauseigentümerverbands Kanton Zürich HEV, ist enttäuscht über die Ablehnung der beiden Volksinitiativen durch die vorberatende Kommission für Staat und Gemeinden. Die knappe Ablehnung zeigt aber, dass das Anliegen, wonach Gebühren künftig in letzter Instanz vom Souverän festgesetzt werden sollen, auf breite Zustimmung stösst. Das Initiativkomitee ist zuversichtlich, dass sowohl der Kantonsrat als auch das Zürcher Stimmvolk der Initiative zustimmen werden.

STIMMUNGSVOLLES RATSHERRENSCHIESSEN IN USTER

Fast 800 Politikerinnen und Politiker schossen um gute Resultate

Am diesjährigen 20. Ratsherrenschiessen in Uster frönten Politiker dem Schiesssport. Der etwas aussergewöhnliche, sportpolitische Parteigrenzen überschreitende Grossanlass verzeichnete an die 800 Teilnehmer.

RoMü. Es sind nun 32 Jahre her und es war die 20. Austragung des Zürcher Ratsherrenschiessens, (siehe Kasten) welches am vergangenen Montag in der drittgrössten Zürcher Stadt unter dem Patronat des Kuratoriums Ratsherren-Schiessen über die Bühne ging. An die 800 aktive und ehemalige Vertreter und Vertreterinnen von Gemeinde-, Bezirks- und Kantonsbehörden – unter ihnen immerhin 118 Frauen – nahmen im 300 m Stand von Uster das Gewehr zur Hand. Dass das Schiessen den Weinländer Behörden überdurchschnittlich am Herzen liegt, zeigt ein Blick in die Rangeure. 1994 war Oberstammheim und 2007 Ossingen, eingebettet in das Zürcher Kantonalschützenfest, Gastgeber dieses Anlasses. Man pflegt in fast allen Gemeinden die Teilnahme an diesem gesellschaftlichen Anlass. Dazu gehört auch die Organisation einer gemeinsamen Fahrt mit dem Car zum Austragungsort wie auch die Heimkehr und der gemütliche Ausklang. Wohl leben gerade einmal 2 Prozent aller Zürcher in den 24 Gemeinden im Bezirk Andelfingen, doch anteilmässig ein Mehrfaches reiste ins Oberland. So stellte der Bezirk 20 der 184 rangierten Gruppen. Nach der Sammeltour durch das Weinland trifft der Car kurz nach 9 Uhr auf der Schiessanlage Mühleholz ein. Während sich die ersten beeilen müssen, um rechtzeitig den Schiessbetrieb aufzunehmen, suchen die anderen erstmals die Festwirtschaft auf und geniessen den Schüblig.

Erste Resultate werden diskutiert und analysiert, während auf den 36 Scheiben Schuss um Schuss fällt.

Um 11 Uhr beginnt der Festakt mit dem Empfang der Ehrengäste auf dem Schloss Uster. OK-Präsident und Alt-Stapi Martin Bornhauser streicht die Bedeutung dieses Anlasses hervor. Hier gibt es keine Zankereien und Quälereien zwischen den Parteien und Politikern. Für einmal verfolgen alle dasselbe und gleiche Ziel mit einem möglichst hohen Resultat. «Wir empfinden es als hohe Ehre, diesen traditionellen Schiesswettkampf in unserer Stadt organisieren dürfen», so Bornhauser. Für ihn soll der Anlass auch Raum und Zeit für Geselligkeit, Gedankenaustausch und Gemütlichkeit schaffen.

Der Stadtzürcher Statthalter Hartmuth Attenhofer zusammen mit den Regierungsräten Thomas Heiniger und Markus Kägi verfolgt den Schiessbetrieb.

Die Marthaler Teilnehmer pflegen nach dem Schiessen in der grossen Sporthalle die Gemütlichkeit.

Unterdessen verlassen die Ratsherrenschützen den Schiessplatz, überqueren die Autobahn und geniessen den Apéro beim Eingang zur Sporthalle Buchholz. Langsam füllt sich die Halle, wo traditionsgemäss die Kavallerie-Musik Zürich für die Unterhaltung sorgt und zur guten Stimmung beiträgt. Zugleich beginnen erste Behörden mit dem ebenfalls traditionellen Ratsherrenjass. Um 12.30 Uhr ist es so weit. Das Mittagessen wird durch die Absolventen der Hotelfachschule Belvoirpark aufgetragen. Auch hier hat das Ratsherrenschiessen mit dem servierten Spatz seine Tradition, wie mit der obligaten Crèmeschnitte.

Ein guter, aber kein Spitzenplatz

Nun fiebert alles der Rangverkündigung zu, denn es gibt tolle Gruppen- und Einzelpreise zu gewinnen. Während einleitend Kuratoriumspräsident Regierungsrat Thomas Heiniger begrüsst und die Sponsoren verdankt, übernimmt Kuratoriumsmitglied Fritz Kilchenmann für das Absenden das Zepter. Mit 215 Punkten führt die Gruppe Stadt Bülach glasklar mit Max Solci, Peter Fehr, Andrea Spycher und Walter Baur die Rangliste mit 215 Punkten vor den Gastgebern, mit OK-Präsident Martin Bornhauser, Paul Gantenbein, Markus Lutz und Hansjörg Baumgartner, an. Sie erzielten 213 Punkte. Die Gruppe Knonau und die alten Kameraden aus Adlikon kamen auf 211 Punkte. Aufgrund der Tiefschüsse schafften es die Knonauer auf das Podest. Bei den 17 Gastgruppen siegten die 4 Obristen mit Franz Walker, Bernhard Fuchs, Hans Schenk und Gerold Triet mit 216 Punkten. In den Einzelranglisten trafen bei den Gemeindepräsidenten und Ehemaligen Martin Bornhauser und der Hinwiler Gemeindepräsident Germano Tezzele mit je 73 Punkten am besten, während Alt-Gemeindepräsident Anton Melliger aus Rüti mit 72 Punkten den dritten Podestplatz belegte. Bei den Frauen gewann überlegen die Ueti-ker Gemeinderätin Heidi Mühlemann mit 76 Punkten vor Sivia Steiner (KR CVP) mit 73 und vor der Bülacher Gemeinderätin Andrea Spycher mit 70 Punkten. Bei den Gästen belegt das EKZ-GL Mitglied Riccardo Wahlenmayer mit 76 Punkten den ersten Podestplatz. Für die beiden anderen Podestplätze mussten wiederum die Tiefschüsse beigezogen werden, da Franz Walker, Guido Wüest und Martin Landis je 74 Punkte erzielten. Die Gesamteinzelrangliste wird vom Zürcher Stadtrat Andres Tüler mit 75 Punkten vor Heidi Mühlemann mit 75 und dem Effretiker Stadtrat Reinhard Fürst mit 74 Punkten angeführt.

Vor dem malerischen Schloss Uster fand der Festakt statt.

Doch für die Weinländer ist mit dem Absenden der Tag noch nicht zu Ende. Es hat auch hier Tradition, dass man sich nach der Rückfahrt mit dem Car zum gemütlichen Ausklang trifft. Ziel ist Trüllikon, wo Stefan und Nadine Leu auf ihrem Hof die Gäste empfangen. «Mit diesem Anlass können wir die verschiedenen Behörden zusammenführen und zugleich auch die Zusammenarbeit stärken», zeigt sich der Feuerthaler Gemeindepräsident überzeugt. Sicher ist, dass er und seine vielen Mitstreiter 2016 am nächsten Ratsherrenschiessen wieder teilnehmen werden.

Die gesamte Rangliste findet man unter: www.ratsherrenschiessen-zh.ch

Seit 1982 schon 20 Mal durchgeführt

Das Ratsherrenschiessen in der heutigen Form wurde 1982 durch den Bülacher Nationalrat und Verleger Hans-Ulrich Graf parallel zum gleichzeitig durchgeführten Zürcher Kantonalschützenfest in Bülach ins Leben gerufen. Der Anlass soll die einmalige Gelegenheit bieten, dass sich politische Vertreter aller Stufen ausserhalb der üblichen Traktanden zu einem ungezwunge Treffen zusammenfinden und einen unbeschwerten Gedankenaustausch pflegen können. Grundsätzlich sind amtierende und ehemalige Behördenmitglieder zu diesem Wettkampf zugelassen. Angetreten wird in 4er Gruppen, wobei die besten drei Resultate zählen.

Das Schiessprogramm umfasst 2 Probe- und 8 Einzelschüsse auf die A-10 Scheibe. Der besten Behördengruppe winkt ein Wanderpreis und für jeden Schützen ein Spezialpreis. Zudem gibt es Spezialpreise für Gästegruppen, für die besten Gemeindepräsidenten, Frauen und Einzelschützen. Seither ist am Wettkampf und Rahmenprogramm nichts geändert worden. Es wird jeweils am ersten Montag in den Sommerferien ausgetragen und findet grundsätzlich alle 2 Jahre statt. Findet ein Kantonalschützenfest statt, wird dieses Jahr zusätzlich eingeschoben.

Damit ist gewährleistet, dass alle Teilnehmer zweimal während einer Amtsperiode teilnehmen können. So gehören zu den unverrückbaren Eckpunkten eines Zürcher Ratsherren-Schiessens die obligate Ratsherrenwurst zum Znüni, der Frühschoppen in Form eines Apéros, die Mittagsverpflegung in Form eines Spatzes, die Crémeschnitte zum Dessert und eine Flasche Wein. Zudem umrahmt die Kavalleriemusik Zürich den Festanlass während dem Mittagessen und dem Absenden. Und auf den Heimweg erhält jeder Teilnehmer noch einen Zinnbecher.

ABSTIMMUNGSPAROLEN FÜR DEN 28. SEPTEMBER 2014

KGV: Klares Nein zur staatlichen Festlegung eines Mindestanteils an preisgünstigem Wohnraum

Die Verbandsleitung des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich KGV hat die Parolen zu den Abstimmungen vom 28. September 2014 gefasst: Sie erteilt der Änderung des Planungs- und Baugesetzes PBG mit dem Titel «Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum» eine klare Absage. Auch die Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse lehnt der Verband ab. Ja sagt der KGV hingegen zur Mehrwertsteuerinitiative von Gastrosuisse.

KGV. Am 28. September gelangt die Änderung des Planungs- und Baugesetzes «Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum» zur Abstimmung. Diese ist als Gegenvorschlag zur SP-Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» entstanden. Die darin gestellten Forderungen kommen vordergründig harmlos daher, doch versteckt sich dahinter die Möglichkeit, Grundeigentümer teilweise enteignen zu können: So soll den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, in ihren Wohngebieten einen Mindestanteil festlegen zu können, der nach den Grundsätzen der Kostenmiete zu bewirtschaften ist.

Das bedeutet nichts anderes, als dass Hauseigentümer je nach Standort ihrer Immobilie dazu gezwungen werden können, auf ihre Rendite verzichten zu müssen. «Diese Vorlage ist ein schwerwiegender Eingriff in die Eigentumsrechte der Hauseigentümer», meint KGV-Präsident Hans Rutschmann.

Der KGV müsse als wichtigster Vertreter des Gewerbes und der Wirtschaft im Kanton Zürich diese Eigentumsrechte mit aller Kraft verteidigen, denn sie seien die Grundlage einer freien, marktwirtschaftlichen Ordnung. «Wenn der Staat immer unverblümter über das Eigentum anderer verfügen kann, wird bald niemand mehr in Wohneigentum investieren», zeigt sich der ehemalige SVP-Nationalrat überzeugt. Der KGV-Vorstand sagt zu dieser für den Kanton Zürich überaus schädlichen Initiative einstimmig Nein und wird sich auch im Abstimmungskampf dagegen einsetzen. Auf nationaler Ebene sagt der KGV einmal Nein und einmal Ja: Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» lehnt der Verband klar ab. Für die Verbandsleitung steht fest, dass eine staatliche Krankenversicherung ohne Wettbewerbsdruck und ohne die damit verbundenen Anreize, effizient zu wirtschaften, zu Leerlauf und höheren Kosten führen würde. Unser Gesundheitssystem mit seiner ausgeprägten Wahlfreiheit ist nach Meinung des KGV-Vorstands das bestmögliche System, um auch weiterhin die hohen Qualitätsstandards der schweizerischen Gesundheitsversorgung garantieren zu können. Ja sagt der KGV dagegen zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» – die Initiative würde eine Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems befördern, eine Forderung also, der das Gewerbe seit jeher positiv gegenübersteht.

Zuletzt hat der KGV bereits heute die Parole zur Volksinitiative «Abschaffung der Pauschalbesteuerung» gefasst, über die am 30. November abgestimmt wird: Der Verband lehnt die Initiative einstimmig ab. Jeder Steuerfranken, der durch eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung wegfallen würde, müsste vom Mittelstand und den KMU bezahlt werden – dies gilt es zu verhindern.

VORANKÜNDIGUNG

Die nächste kantonale

Delegiertenversammlung

findet am Mittwoch, 20. August 2014, in Illnau statt.

TAG DER ANGEHÖRIGEN DER GRENADIERE IM VAL D'ISONE

Wehrhafte Schweiz – wozu überhaupt?

«Semper fidelis», «Auf ewig treu» – so das Motto der Grenadierschule im Val d'Isone. Auch in diesem Sommer reisten zahlreiche Gäste aus der ganzen Schweiz in das idyllische, abgelegene Tal zum einzigartigen Tag der Angehörigen. Die Grenadiere haben sich freiwillig zu dieser Rekrutenschule gemeldet und mussten sich einer strengen Selektion unterziehen. Es überrascht daher nicht, dass unter den rund 350 Besuchern zahlreiche jüngere, stramme Männer den Anschein erwecken, als wäre ihnen der Waffenplatz Isone vertraut und als ob sie schon geraume Zeit darauf verbracht hätten. Wer sonst kommt schon freiwillig an den Ort des Beissens und des Leidens zurück? Vermutlich halt eben nur die Grenadiere.

Jürg Bosch
SVP Urdorf

Wozu die bis an die Leistungsgrenzen reichenden, zermürbenden Übungen, in welchen Schlaf, Essen und Trinken Fremdwörter sind? Warum lassen sich junge Männer 25 Wochen ihrer wertvollen Jungend stehlen, um an einem Ort, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, Militärdienst zu leisten? Es herrscht ja Friede und von Bedrohung ist nichts zu spüren und schon gar nichts zu sehen!

Der Historiker, GSoA Vorstand und Armeeabschaffer Josef Lang verbreitete in der Talkrunde «baz Standpunkte» lächelnd und lapidar: «In Europa gibt es keine Kriegsgefahr»! Und dann brachte es der Titularprofessor und Wirtschaftshistoriker Dr. Tobias Straumann noch genauer auf den Punkt: «Wenn überhaupt, gibt es eine Gefahr im Osten, China oder Japan, wenn überhaupt»! «Wenn es kommt, kommt es aus einer Ecke aus der man es sowieso nicht erwartet. Angst hat man eigentlich immer. Es kann immer etwas passieren»! Hä, so genau wollten wir es doch gar nicht wissen, oder nicht?

Geschichte der Grenadiere

Im Museum der Grenadierschule in Isone erklärte Major Philip Scherrer die Entstehungsgeschichte der Grenadiere. Vor und während des 2. Weltkrieges waren die Infanterie-Bataillone mit guten, aber mit viel zu wenigen Waffen ausgerüstet. Nur wenige der damaligen Soldaten konnten die Waffen richtig bedienen und die Erfolgschancen in einem kriegerischen Konflikte wären eher gering gewesen. Wegbereiter für die Grenadiere war Hauptmann Matthias Brunner, Kommandant der Füsilierkompanie II/80. Nachdem General Henri Guisan 1942 einer von Brunner ausgearbeiteten Nahkampf-Demonstration mit Freiwilligen der Felddivision 7 beigewohnt hatte, befahl er im Februar 1943 die Aufstellung von sogenannten «Pionier-Kompanien» der Genietruppen auf Regimentsstufe. Deren Umbenennung in «Grenadier-Kompanien» erfolgte noch 1943. Im Rahmen der Armee 95 fand eine Spezialisierung in Grenadiere mit Hauptauftrag Kampf im Vorgelände sowie Territorial- und Militärpolizeigrenadiere für Spezialeinsätze und Sicherungs- bzw. Schutzaufgaben statt.

Kürzlich berichteten die Medien, dass die Isis-Terroristen nach Chemiewaffen greifen und offenbar bereits ein C-Waffenlager erobert haben. Der Syrien- und Irakkrieg sollte uns gelehrt haben, dass radikale Kräfte derartige Waffen hemmungslos einsetzen und die Wirkung, speziell für die schutzlose Zivilbevölkerung, dramatisch ist! Islamistische Organisation rufen im Gazastreifen zum Heiligen Krieg auf und führen ihn auch durch. Da sind alle Mittel, die Ungläubigen auszulöschen, erlaubt, ja befürwortet. Ayatollah Khomeini, schiitisches Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran, lässt keinen Zweifel, was von Nicht-Muslimen zu halten ist: «Juden und Christen sind dem Schweissgestank von Kamelen und Dreckfressern gleichzusetzen und gehören zum Unreinsten der Welt. Alle nichtmuslimischen Regierungen sind Schöpfungen Satans, die vernichtet werden müssen.»

Wer nicht flieht oder sich nicht wehren kann, wird niedergemacht. Gemäss der Ideologie der Salfisten muss der Islam nach dem Propheten Mohammed gelebt und praktiziert werden. In Erziehungsaktionen werden Andersdenkende als Abtrünnige abgetan, im besten Fall vertrieben oder durch die Islamkrieger erschossen. Bei Säuberungsaktionen in einschlägigen Lokalen (z. B. Internetkaffees) werden Besucher gleich abgeführt und die Häuser gesprengt.

Es braucht eine wehrhafte Schweiz

Nach Quellen des Bundesnachrichtendienstes hält sich eine kleine Anzahl Schweizer in Syrien auf und es wird vermutet, dass darunter islamistische Radikale sind, die dort in den Dschihad ziehen. Auch in benachbarten Ländern wie Frankreich, wo der islamische Bevölkerungsanteil geradezu explodiert wird festgestellt, dass vorwiegend Junge in Krisengebiete reisen, um sich als Kämpfer an der Front einsetzen zu lassen. Was tun diese Männer, falls sich wieder zurückkehren?

Wir sollten es tunlichst vermeiden, den Wehrwillen der Bevölkerung und damit der Milizarmee weiter zu schwächen. Wir sollten uns nicht durch geschmeidige Presseartikel mit beschönigten Texten blenden lassen. Wir sollten uns vor Augen halten, dass der Ausbruch eines Konfliktes oder eines Krieges jederzeit möglich ist; wir wissen nur noch nicht wann und wo. Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine haben gezeigt, dass ein unvorbereitetes Land einen gegnerischen Einmarsch nicht verhindern wird. Völkerrecht hin oder her; der Krieg hat eigene Gesetze! Da nützt es nichts, wenn Josef Lang energisch betont, «dass durch Russland Völkerrecht verletzt wurde». Wen kümmerts, Herr Lang? Die Vorlaufzeit für die Erkennung von Konflikten ist mit Monaten und Wochen sehr kurz. In dieser Zeit wird es nie und nimmer möglich sein, einer geschwächten Armee auf die Beine zu helfen. Es ist jetzt und heute ein absolutes Muss, die Schweizer Armee mit wirkungsvoller Bewaffnung (z. B. Kampfflugzeugen) auszurüsten, die notwendigen Bedienungsmannschaften zu rekrutieren und die schnelle Mobilisierung der Truppen wieder zu schulen. Darum brauchen wir eine wehrhafte Schweiz. Die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere aller Truppengattungen leisten einen namhaften Beitrag dazu; die Politik muss nun das Ihre tun. Helfen Sie mit, dass die Schweiz wehrhaft bleibt.

VERHANDLUNGSSTRATEGIE OFFENGELEGT

EU-Verhandlungsmandat für den Rahmenvertrag

Vor zwei Wochen ist das Verhandlungsmandat der EU für jenen Rahmenvertrag bekannt geworden, mit dem die «institutionelle Einbindung» der Schweiz in die Strukturen der EU durchgesetzt werden soll. Das EU-Verhandlungsmandat ist im Originaltext in englischer Sprache. Es gibt eine Übersetzung, die in der Schweiz angefertigt wurde, die also nicht als offizielles Dokument bezeichnet werden kann, indessen offenlegt, welche Verhandlungsstrategie die Europäische Union gegen die Schweiz verfolgt.

Beschluss des Rates
Genehmigung des Verhandlungsbeginns für ein Abkommen zwischen der EU und der Schweiz über einen institutionellen Rahmen zur Verwaltung der bilateralen Beziehungen

Der Rat der Europäischen Union
Gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere gestützt auf dessen Artikel 217 und 218 Absatz 3 und 4, gestützt auf die Empfehlungen der Europäischen Kommission, in Erwägung nachstehender Gründe:

1. Die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz haben sich hin zu einem hohen Integrationsgrad entwickelt. Der Schweiz wurde bereits Zugang zu vielen Sektoren mit Bezug zum Binnenmarkt gewährt und die Verhandlungen laufen weiter, oder sehen vor, dass die Schweizer Beteiligung am Binnenmarkt sich ausweiten wird.
2. Die fortdauernde Beteiligung der Schweiz am Binnenmarkt und die mögliche Weiterentwicklung bedingen, dass die massgeblichen Regeln in der Beziehung zur Schweiz im Abdeckungsbereich der abgeschlossenen Verträge dieselben sind wie die geltenden Regeln im Binnenmarkt. Deren Interpretation und Anwendung dürfen sich nicht unterscheiden.
3. Aus diesen Gründen sollte ein institutioneller Rahmen etabliert werden, um die Homogenität innerhalb des Binnenmarktes und ausgeweitet auf die Schweiz sicherzustellen. Der Abschluss laufender Verhandlungen und die Betrachtung der Schweizer Bitte nach mehr Anschluss zu weiteren Sektoren im Binnenmarkt sollte unter dem Gesichtspunkt eines solchen Rahmenabkommens betrachtet werden.
4. Dieser Rahmen sollte Anwendung finden auf beides, bereits existierende und zukünftige Abkommen mit der Schweiz mit Bezug zum Binnenmarkt, und sollte gegründet sein auf bestimmten Grundsätzen.
5. Der Rechtscharakter eines solchen institutionellen Rahmens sollte erst am Ende der Verhandlungen bestimmt werden, auf der Basis einer Analyse des genauen Umfangs der Bestimmungen des Abkommens.
6. Elemente für die Diskussion der institutionellen Fragen EU-Schweiz wurden bereits in exploratorischen Gesprächen identifiziert, und eine aus drei Arbeitsthesen wurde anschliessend als Verhandlungsbasis bestimmt.
7. Um Homogenität zu garantieren und gleiche Ausgangsvoraussetzung für die betroffenen Akteure im Binnenmarkt herzustellen, sollten in Zukunft die Bestimmungen in den Abkommen mit der Schweiz und die Gesetze der EU mit Bezug zu den Abkommen in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Gerichtshofes angewandt werden. Dies sollte die gesamte Rechtsprechung beinhalten, unabhängig ob vor oder nach Vertragsabschluss des betroffenen Abkommens.
8. Darüber hinaus verlangt die Homogenität, dass zukünftiges EU-Recht im Abdeckungsbereich der Abkommen in die Abkommen eingearbeitet wird so bald es verabschiedet ist oder sich weiterentwickelt oder ändert; ein Entscheidungsmechanismus, welcher ein maximales Zeitlimit bis zur Implementierung beinhaltet, sollte zu diesem Zweck vorgesehen sein.
9. Der institutionelle Rahmen sollte zudem einen unabhängigen Mechanismus zur Überwachung und gerichtlichen Kontrolle beinhalten.
10. Die Europäische Kommission sollte die Schweizer Anwendung der Abkommen beaufsichtigen; wo nötig sollte die Kommission zur Ausführung seiner Aufsichtsrolle im einzelnen Ermittlungs- und Handlungsbefugnisse erhalten.
11. Der Gerichtshof sollte auf Antrag einer der Parteien Streitigkeiten zwischen den Parteien in Bezug auf die Anwendung der Abkommen schlichten. Die Schweizer Gerichte sollten auch die Möglichkeit erhalten, dem Gerichtshof ein Vorabentscheidungsersuchen zu unterbreiten, falls sich ihnen eine Interpretationsfrage stellt mit Bezug zu einem Abkommen. Geeignete Mechanismen müssen eingerichtet werden, um die bindende Natur der Entscheidungen des Gerichtshofes zu wahren.
12. Der institutionelle Rahmen für die bilateralen Beziehungen EU-Schweiz sollten ein koordiniertes und kohärentes Management der Verträge fördern.
13. Unbeschadet des EU-Rechts sollte nichts Vorhergenanntes als Ermächtigung der Kommission dienen, ein Abkommen, gewährt durch irgendeine EU-Institution, zu verhandeln, welches weitere Überwachungskompetenzen, Aufsichtsmöglichkeiten oder gerichtliche Kontrolle einrichtet, abgesehen von jeglichen Bestimmungen unter der Kompetenz der Mitgliedstaaten und in den Abkommen mit der Schweiz enthaltenen sind folgende Beschlüsse verabschiedet worden:

Artikel 1
Die Kommission wird autorisiert im Namen der EU ein internationales Abkommen über einen institutionellen Rahmen zur Verwaltung der bilateralen Beziehungen mit der Schweiz zu verhandeln.

Artikel 2
Die Verhandlungsrichtlinien sind im Anhang aufgeführt.

Artikel 3
Die Verhandlungen sollen in Konsultation mit der EFTA Ratsgruppe geführt werden, welche als Sonderausschuss gemäss Art. 218 Abs. 4 AEUV handelt.

Der Unterhändler soll den Sonderausschuss regelmässig über den Verhandlungsstand informieren, was die Übermittlung von verhandlungsrelevanten Entwürfen beinhaltet, soweit erforderlich.

Artikel 4
Dieser Beschluss ist an die Kommission gerichtet.

Geschehen zu Brüssel
Für den Rat
Der Präsident

Quelle: www.eu-no.ch

Fadegrad

von
Daniel Oswald

Winterthur und das liebe Geld

Es ist ja eigentlich nichts Neues. Winterthur ist wieder einmal auf der Suche nach Geld. Innerhalb von 10 Jahren steht nun das dritte Sanierungsprogramm zu den städtischen Finanzen an. Im Jahr 2005 war ein Sanierungsprojekt unvermeidlich. Der Blick auf das Jahr 2005 offenbart doch vieles. In der Rechnung 2004 belief sich der bereinigte Aufwand auf 0.987 Mia Franken. Im Budget wurden Ausgaben von 1.004 Mia. Franken beschlossen und die effektiven Ausgaben beliefen sich dann auf 1.016 Mia Franken. Trotz Sanierungsprogramm wurden 29 Mio. Franken mehr ausgegeben.
Kein Wunder, dauerte es nicht lange und im Jahr 2007 wurde bereits das nächste Sanierungsprogramm fällig. Für das Jahr 2007 wurde ein bereinigter Aufwand von 1.048 Mia Franken budgetiert und effektiv 1.035 Mia Franken ausgegeben. Freuen sie sich nicht zu früh. Auch wenn 13 Mio. Franken weniger ausgegeben wurden, darf dies nicht als Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden. So waren die Ausgaben innerhalb von 3 Jahren um 48 Mio. Franken oder fast 5 Prozent gestiegen, und dies obwohl zwei Sanierungsprogramme durchgeführt wurden. Wenn man der Frage nachgeht, wieso denn im Jahr 2007 weniger und im Jahr 2005 mehr als budgetiert ausgegeben wurde fällt einem auf, dass die Beiträge aus dem kantonalen Finanzausgleich im Jahr 2005 höher und im Jahr 2007 tiefer als budgetiert waren.
Man könnte jetzt sagen, dass dies noch unter dem alten Finanzausgleich war. Leider müssen wir aber feststellen, dass sich die Situation auch mit dem neuen Finanzausgleich nicht gebessert hat.
Dank dem Börsengang der Firma Glencore ergab sich für die Stadt Winterthur ein neuerlicher Geldsegen in zweistelliger Millionenhöhe. Was wurde mit diesem Geld gemacht? Hat sich das Eigenkapital erhöht? Nein, diese Millionen wurden bereits mit vollen Händen ausgegeben, bevor diese überhaupt in Winterthur angekommen waren. Übrigens betrugen die bereinigten Ausgaben im Jahr 2013 1.238 Mia. Franken, was einer Steigerung von 25 Prozent seit 2004 entspricht.
Nun stehen wir vor einem weiteren Sanierungspaket. Und wieder rufen viel zu viele Winterthurer nach mehr Geld vom Kanton. Wie die Geschichte aber zeigt, hat mehr Geld vom Kanton das Problem in Winterthur nicht gelöst, sondern – sogar im Gegenteil – verschärft. Im Jahr 2005 beantragte der damalige Stadtrat, notabene mit einer linken Mehrheit, Lohnsenkungen und Steuererhöhungen zur Sanierung. Für das Budget 2015 beantragt der aktuelle Stadtrat wieder die gleichen Massnahmen. Wie schon im Jahr 2005 bin ich der Meinung, dass es geeignetere Massnahmen gibt. Statt die Löhne zu kürzen, sind Stellen abzubauen und die Anstellungsbedingungen zu revidieren. Statt die Einnahmen zu erhöhen, sind die Ausgaben zu reduzieren. Eine Organisation kann sich nicht gesundwachsen, sie kann nur gesundschrumpfen.

STADT ZÜRICH

Aufsichtskommissionen neu bestellt

Im Nachgang zu den Gemeinderatswahlen werden jeweils diverse Aufsichtskommissionen für städtische Institutionen neu bestellt.

ZB. Die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen wurden letzthin für die Amtsperiode 2014 bis 2018 durch den Gemeinderat gewählt. Auch die SVP hat dadurch einige Vertreterinnen und Vertreter, die sich in diesen Ämtern für die Öffentlichkeit einsetzen.

Nachstehend stellen wir der Leserschaft des «Zürcher Boten» diese Persönlichkeiten vor.

Sozialbehörde Stadt Zürich
Die Sozialbehörde ist gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz zuständig für die Durchführung und Gewährleistung der wirtschaftlichen und persönlichen Sozialhilfe und die Berichterstattung an Bezirks- und Regierungsrat.

SVP-Vertretung:
Benedikt Hoffmann,
SVP Kreispartei Zürich 6

Stiftung PWG
Die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen ist eine gemeinnützige, öffentliche Stiftung der Stadt Zürich mit eigener Rechtspersönlichkeit. Mit dem Stiftungskapital werden Liegenschaften erworben oder neu erstellt und dauerhaft der Spekulation entzogen, um damit preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht bereitstellen zu können.

SVP-Vertretung:
Jürg Casparis, SVP Kreispartei 4/5
Christoph Marty, SVP Kreispartei 10
Bruno Wohler, SVP-Kreispartei 12
Hansueli Züllig, SVP Kreispartei 11

Kommission Fachschule Viventa/Brückenangebote
Die Fachschule Viventa des Schul- und Sportdepartements ist als Dienstabteilung der Stadt Zürich das Kompetenzzentrum für Bildungsangebote der Sekundarstufe 2 und der Erwachsenenbildung. Die Kommission beaufsichtigt die ihr unterstellte Schule und ist verantwortlich für deren Qualität. Wo sie nicht direkt zuständig ist, hat sie ein direktes Antragsrecht gegenüber Stadtrat und Gemeinderat.

SVP-Vertretung:
Pia Castegnaro, SVP-Kreispartei 11
Maya M. Knüsel, SVP Kreispartei 7/8
Anne Lore Leiva, SVP Kreispartei 4/5

Kommission Sonderschulen
In der Stadt Zürich bestehen drei verschiedene Sonderschulen. Es sind dies die Heilpädagogische Schule, die Schule für Körper- und Mehrfach-Behinderte und die Schule für Sehbehinderte. Die Kommission beaufsichtigt die ihr unterstellten Schulen und die weiteren sonderpädagogischen Angebote und ist verantwortlich für deren Qualität. Wo sie nicht direkt zuständig ist, hat sie ein direktes Antragsrecht gegenüber Stadtrat und Gemeinderat.

SVP-Vertretung:
Peter Aebersold, SVP Kreispartei 9
Brigitte Hürner, SVP Kreispartei 3
Anne Lore Leiva, SVP Kreispartei 4/5

Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ)
Die MKZ bietet Unterricht in fast allen Instrumental- und Vokalfächern sowie Theater und Tanz an. Auch das gemeinsame Musizieren in Ensembles und Orchestern ist ein wichtiger Bestandteil des Angebots, das allen Altersgruppen offen steht. Die Kommission beaufsichtigt die ihr unterstellten Schulen und ist verantwortlich für deren Qualität. Wo sie nicht direkt zuständig ist, hat sie ein direktes Antragsrecht gegenüber Stadtrat und Gemeinderat.

SVP-Vertretung:
Pia Castegnaro, SVP Kreispartei 11
Marcel Dublanc, SVP Kreispartei 9
Barbara Rocco, SVP Kreispartei 9

Die SVP wünscht ihren Vertreterinnen und Vertretern viel Kraft für die verantwortungsvolle Aufgabe in den Kommissionen während der nächsten vier Jahre und dankt ihnen für das persönliche Engagement im Dienste der Öffentlichkeit.

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Für die Bürgerinnen und Bürger im Einsatz

Sind die Wahlen vorbei, interessieren sich die politischen Parteien bekanntlich nicht mehr sonderlich für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger – zumindest nicht bis zur nächsten Wahl. Anders die SVP!

Für die SVP im Einsatz: Stephan Pöhner, Samuel Balsiger, Roland Scheck und Marina Garzotto (von links).

SVP 3, 9 und 11. Die Volkspartei führt auch nach den Wahlen regelmässig Anlässe, Standaktionen oder Unterschriftensammlungen durch. So zum Beispiel die Stadtzürcher SVP der Kreise 3, 9 und 11 am letzten Samstag. Kantonsrat Lorenz Habicher, Gemeinde- und Kantonsrat Roland Scheck, Gemeinderat Rolf Müller, Gemeinderat Samuel Balsiger, Alt-Gemeinderätin Marina Garzotto und die Aktivisten Emil Moser, Stephan Pöhner und Derek Richter sowie der stellvertretende Chefredaktor der Schweizerzeit Zeitung, Olivier Kessler, sammelten auf dem Lindenplatz und vor dem Neumarkt Altstetten Unterschriften. Die Bevölkerung konnte für die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Billag-Gebühren» und für die «Anti-Stauinitiative» unterschreiben.

Unter nobillag.ch und anti-stauinitiative.ch können Unterschriftsbögen für euch und eure Freunde und Bekannten ausgedruckt werden. Mit den beiden wichtigen Volksinitiativen entlasten wir die gebeutelten Familien, den Mittelstand und das Gewerbe. Denn die immer höheren Abgaben an den gefrässigen Staat und die nervenzerrenden Staus verringern die Kaufkraft oder verursachen massive volkswirtschaftliche Schäden. Alleine im Kanton Zürich belaufen sich die jährlichen Staukosten auf fast unglaubliche 80 bis 140 Millionen Franken – wer im Stau steht, ist nicht produktiv. Und die saftigen Radio- und Fernsehgebühren (Billag-Gebühren) von rund Fr. 460.– pro Jahr soll bald jeder bezahlen. Auch diejenigen, die allgemein keinen Radio und Fernseher zuhause oder im Geschäft haben. Ob im Speziellen die Dienstleistungen des Unternehmens Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) genutzt werden oder nicht, spielt schon heute keine Rolle.

Gegen diese erneut falsche Entwicklung, die die abgehobene Elite stur vorantreibt, wehrt sich die Partei des Mittelstandes vehement. Die Volkspartei geht grundsätzlich gegen den Gebühren-Sumpf vor und setzt sich für einen flüssigen Verkehr ein. Auf eure SVP ist halt auch nach den Wahlen Verlass. Wir kämpfen nicht für uns – wir kämpfen für euch! Schlagkräftig sind wir jedoch nur mit dem Volk im Rücken.

Also rasch die ausgedruckten und ausgefüllten Unterschriftsbögen retournieren. Verhelft ihr, liebe Lesende, den beiden dringend notwendigen Volksinitiativen zum Durchbruch, so wird der Mittelstand und das eigene Portemonnaie es euch verdanken.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Parkplatzabbau in Wipkingen – auf Kosten der Automobilisten

In Zürich Wipkingen (Kreis 10) sind Parkplätze rar und stark frequentiert. Das Gewerbe verlangt seit jeher genügend Kundenparkplätze, stösst aber auf taube Ohren. Die Verwaltung versucht wo immer möglich, Parkplätze, egal ob blaue oder weisse, aufzuheben. Häufig werden auch Parkplätze anderweitig besetzt, wie ein aktueller Fall zeigt. An der Kyburgstrasse 21 wurden wegen Renovationsarbeiten an einem Haus sechs blaue Parkplätze für die benötigten Baumaterialien zweckentfremdet. Auf Anfrage im Polizeidepartement wurde versprochen, dass diese nach den Bauarbeiten wieder zur Verfügung stehen werden.

Die Bauarbeiten wurden Ende 2013 abgeschlossen. Die Parkplätze wurden zwar frei geräumt, aber diese werden nicht zum Parkieren freigegeben. In unmittelbarer Umgebung entsteht ein neuer Bauplatz, für den sogar acht blaue Parkplätze für Baubaracken und Materialien gesperrt wurden. Auf eine Anfrage beim Polizeidepartement heisst es, sie wüssten sonst nicht, wo alles deponiert werden solle. Auf den Hinweis, dass der Innenhof des renovierungsbedürftigen Hauses leerstehe, wurde mit keinem Wort eingegangen. Seit Juni 2014 werden an der Röschibachstrasse 52, kaum 100 m entfernt, nochmals vier bis fünf blaue Parkplätze für die Bauarbeiten in Anspruch genommen. Damit sind 12 bis 13 stark frequentierte Parkplätze unbenutzbar. Für das lokale Kleingewerbe und deren Kunden sind 12 Parkplätze wichtig. Der Stadtrat verschliesst die Augen vor den Bedürfnissen der ansässigen Firmen, Fachgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe.

Die SVP-Gemeinderäte **Stephan Iten** und **Martin Bürlimann** verlangen in einer Schriftlichen Anfrage vom Stadtrat Auskunft zur Situation.

Schriftliche Anfrage
Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:
1. Wurden die genannten Parkplätze in näherer Umgebung ersetzt? Wenn ja, wann wurde wo und in welchem Zeitraum Realersatz geschaffen? Wenn nein, warum nicht?
2. Wurden im Gebiet um den Landenbergpark in den Jahren 2012, 2013 und 2014 weitere Parkplätze für Baustellen oder anderweitig zweckentfremdet? Wenn ja, bitte eine tabellarische Darstellung, in welchem Zeitraum Parkplätze nicht benutzbar waren und die entsprechende Auflistung, wo und wie Realersatz geschaffen wurde.
3. Wie stellt sich der Stadtrat zur Frage, ob 12 Parkplätze für das lokale Kleingewerbe und deren Kunden wichtig sind?

Öffentliche Veranstaltung

1. August-Feier mit Nationalrat Alfred Heer

Freitag, 1. August 2014
um 9.45 Uhr

Wir freuen uns, Sie zur 1.-August-Feier der SVP Zürich Kreis 7 + 8 einzuladen. Gastredner ist Nationalrat Alfred Heer.
Ort: In der Waldlichtung bei der Wirtschaft Degenried,

Degenriedstr. 135, 8032 Zürich (Nähe vom «Dolder Grand», Parkplätze vorhanden). Bei schlechtem Wetter im Restaurant. Fürs leibliche Wohl und gute Stimmung ist gesorgt.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Der Vorstand
SVP Zürich Kreispartei 7+8

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Ehrengast: Basel-Stadt

MARCHÉ-CONCOURS NATIONAL DE CHEVAUX SAIGNELÉGIER

Ein Erlebnis!

Ausstellung von 400 Pferden
Folkloristischer Umzug
Ländliche Pferderennen

8. - 9. - 10. AUGUST 2014

www.marcheconcours.ch

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mitten ins Fest: www.les-cj.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERMIETEN

Ferienwhg. 3½-Zi., Meersicht, 50 m vom Meer in Torrevieja/E. Im Resort Tennisplatz, Pool + Grünanlage. In nächster Nähe: Shops, Restaurants + Bus zur City. 490 Euro/Woche. Tel. 079 753 58 76, anita_dietrich@bluewin.ch

ZU VERKAUFEN

Mahl- und Mischanlage, Dezimalwaage, Milchfilter alu, Milchsaugkessel f. Kalb. Tel. 078 831 77 66.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

LESERBRIEFE

Brauchen wir fremde Richter?

Statt im Bewältigen der Finanzkrise sucht die EU ihre Erfolgserlebnisse mit Polemik gegen unser Land. Weil es uns viel besser geht, als den Ländern in ihrem Herrschaftsbereich, sind wir der EU ein Dorn im Auge. Zudem hat die EU mittels Drohungen und Arroganz einen Verhandlungserfolg nach dem anderen erzielt und die helvetischen «Spitzendiplomaten» alt aussehen lassen. Ferner kann sie davon profitieren, dass eine Mehrheit im Bundesrat – trotz gegenteiligen Beteuerungen – einen EU-Beitritt befürwortet. Als Hochsteuer, Konglomerat will sie die Schweiz in ihre nicht eben erfolgreiche Politik einbinden.

Nun hat uns Brüssel einen neuen, einem Souveränitätsverlust gleichkommenden Forderungskatalog vorgelegt. So sollen wir u. a. EU-Recht übernehmen und Urteile des Europäischen Gerichthofs als verbindlich anerkennen. Wie Urteile von europäischen Instanzen gegen uns aussehen, hat uns die Vergangenheit gezeigt: Wir waren immer Verlierer. Beispielsweise der Fall eines ecuadorianischen Asylbewerbers, der viermal wegen Straftaten zu Haft verurteilt wurde. Dreimal wurde er ausgeschafft, dreimal kehrte er zurück. Er machte mit gefälschten Dokumenten geltend, er sei in Ecuador gefoltert und politisch verfolgt worden. Eine erneute Ausschaffung verhinderte er (auf wessen Kosten wohl?) mit einer Klage am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Unter Mitwirkung von Richtern namens Karakas, Vucinic und Kuris hat das Ge-richt entschieden: Er darf bleiben und erhält sogar 4500 Euro Entschädigung! Seither lebt er in Genf als Asylant von der Sozialhilfe. Wie es den Opfern seiner Straftaten geht und wie es um das Rückfallrisiko steht, darüber schwieg das Gericht.

Es fällt nicht schwer, die Reaktion des Bundesrates auf die neuen EU-Forderungen vorauszusagen. Er wird sie pro forma ablehnen, jedoch einen Teil davon im Rahmen eines als «Verhandlungserfolg» gefeierten Kompromisses akzeptieren. Später kommen gleiche, aber anders formulierte Forderungen und das Resultat ist erneut ein Kompromiss.

So lange, bis sich Brüssel, in Etappen, restlos durchgesetzt hat. Womit der von der Bevölkerung mehrheitlich nicht gewollte EU-Beitritt wieder etwas näher rückt.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Europäisierung schreitet voran

Der Datenschützer nimmt sich die Krankenversicherungskarte vor. Erstaunlich, dass er erst heute draufgekommen ist. Kennen Sie die Funktion Ihrer neuen AHV-Nr.? Erinnern Sie sich noch, warum diese geändert wurde? Da hiess es doch von Bundesbern, man müsse eine neue AHV-Nr. machen, weil man zuwenig Stellen habe. Ein weiteres Argument war noch die Vertraulichkeit, da in der Nummer die Anfangsbuchstaben des Familienamens, das Geburtssdatum, das Geschlecht und die schweizerische Staatszugehörigkeit erkennbar waren. Früher waren es 11 Ziffern, bei der neuen Nummer 13 Ziffern. Mit Erstaunen stellt man fest, dass alle neuen «AHV-Nummern» in der Schweiz mit der Ziffernfolge 756 beginnen. Auf der Krankenkassenkarte steht die Karten-Nummer mit 80 zuvorderst und etwas weiter hinten folgt dann die «756». Dann steht da noch der Geburtstag, das Geschlecht und 756 für die Schweiz. Und die neue «AHV»-Nummer. Die neue AHV-Nummer ist ganz einfach die Europäische Versichertennummer, denn sie gilt in ganz Europa.

Das hat sicher Vorteile, wenn man unterwegs in Europa krank wird. Aber wie ist das mit dem europäischen Datenschutz? Wer hat europaweit Zugriff zu den Daten auf der Karte? Man braucht kein mathematisches Genie zu sein, um zu merken, dass man die Anzahl der Ziffern lediglich wegen der Europatauglichkeit angepasst hat. Warum wurde dies von Bundesbern bei der Einführung nicht offen dokumentiert? Wie viel Vertrauen kann man den Pressemitteilungen aus Bundesbern entgegenbringen, insbesondere wenn es um die EU geht?

Werner Huber, Winterthur

EINLADUNG

zum Vortrag von
Divisionär aD Peter Regli

Der ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht in einem spannendem Referat zum Thema:

«Unsere nationale Sicherheit: ist sie noch gewährleistet?»

Mittwoch, 1. Oktober 2014, um 19.30 Uhr
Waffenplatz Bern, Auditorium 044, Mannschaftskaserne der Berner Truppen, Papiermühlestrasse 13, Bern

Es laden herzlich ein:
PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Schluss mit Stau!

Jetzt herunterladen und unterschreiben
www.anti-stauinitiative.ch

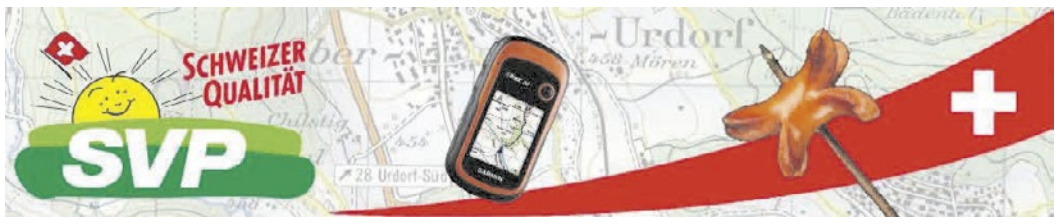
Anti-Stauinitiative

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Familienwanderung

am Samstag, **6. September 2014**



Erleben Sie an diesem Tag einen interessanten Rundgang in und um Urdorf. Unter fachkundiger Führung durch Werner Rüegg erfahren Sie eine Einführung in Geocaching, die moderne Art der **Schatz- und Spuren-Suche mit GPS-Unterstützung**. An diversen Punkten werden Sie auch Geschichtliches über Urdorf erfahren. Abgerundet wird der Event mit gemütlichem Beisammensein bei Wurst und Brot. Die SVP Urdorf freut sich über eine zahlreiche Teilnahme! **Der Anlass findet bei jeder Witterung statt**.

Informationen	Besammlung:	13:30 Uhr bei Zentrum Spitzacker in Urdorf
	Dauer:	3,5 Stunden / Wanderung ca. 2 Stunden
	Ausrüstung:	Gutes Schuhwerk, Regenschutz, Getränk für unterwegs, falls vorhanden: Outdoor-GPS
	Verpflegung/Kosten:	ab 17:00 Uhr / 10 – 20 Franken (freiwillig)

Für Teilnehmer welche nicht mehr gut zu Fuss sind, besteht die Möglichkeit einer abgekürzten Strecke, sowie Transfer zum Grillplatz.

Anmeldung (* = für Verpflegung erwünscht)

Name, Vorname * _____

Mailadresse * _____

Anzahl Personen * _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

Anmeldung bitte bis 22.08.2014 senden an:
Werner Rüegg, In der Fadmatt 63, CH-8902 Urdorf / Mail: info@svp-urdorf.ch

1.-AUGUST-FEIERN MIT SVP-REDNER/-INNEN

Bezirk Affoltern / Bonstetten
Freitag, 1. August 2014, 19.30 Uhr (Festwirtschaft ab 18.00 Uhr, geführt von B. Gubler, Gasthof Hirschen, Wettswil), auf dem Hof der Familie Weiss, Dachenmasstrasse, Bonstetten, 1.-August-Feier. Ab 19.30 Uhr: Eröffnungsrede des Gemeindepräsidenten, 1.-August-Ansprache von Kantonsrat **Martin Haab,** Schweizerpsalm mit dem Musikverein Bonstetten, Lampionumzug der Kinder, Verteilung der Weggen, Feuerwerk, 1.-August-Feuer. Für Stimmung sorgt die beliebte Appenzeller Kapelle Quöllfrisch. Die Bonstetterinnen und Bonstetter sowie ihre Gäste sind herzlich eingeladen.

Bezirk Andelfingen / Ossingen
Freitag, 1. August 2014, ab 19.00 Uhr (18.00–19.00 Uhr Apéro in Hausen), bei Familie Zuber im Heidi, Ossingen, 1.-August-Feier mit Musik in gemütlicher Festwirtschaft. 20.15 Uhr: Begrüssung, 1.-August-Ansprache von Nationalrat **Max Binder,** Singen der Landeshymne, anschliessend Lampionumzug zum 1.-August-Feuer.

Bezirk Bülach / Nürensdorf
Freitag, 1. August 2014, 20.45 Uhr, oberhalb der Breitenloostrasse, Oberwil, Bundesfeier. Ansprache von alt Bundesrat **Christoph Blocher,** Musikalische Umrahmung: Musikverein Bassersdorf, Dorffest des Knabenvereins: Ab 18.00 Uhr im Dröschschopf an der Kleinhausstrasse.

Bezirk Bülach / Rorbas-Freienstein-Teufen
Freitag, 1. August 2014, ab 17.30 Uhr, Gemeindehausplatz, Rorbas ZH, gemeinsame Bundesfeier für Rorbas und Freienstein-Teufen mit Ansprache von NR **Hans Fehr** (um 18.45 Uhr). Musikalische Umrahmung durch die Musikgesellschaft Rorbas/Freienstein-Teufen. Festwirtschaft durch den Gemischten Chor Bülach/Embrachertal.

Bezirk Bülach / Winkel
Freitag, 1. August 2014, ab 17.30 Uhr, auf dem Dorfplatz Breiti, Winkel, 1. August-Feier. Ab 18.00 Uhr: Nachtessen, 20.00 Uhr: 1. August-Ansprache von Nationalrätin **Natalie Rickli,** anschliessend gemeinsames Singen der Landeshymne, 20.45 Uhr: Verkünden der Sieger des 1. August-Schiessens, Schiessverein Winkel-Rüti, 21.45 Uhr: Lampionumzug, anschliessend Entzünden des 1. August-Feuers, 22.30 Uhr: Barbetrieb, 23.00 Uhr: Grosses Feuerwerk, anschliessend Fest- und Barbetrieb/Tanz. Organisation: Sportclub Winkel.

Bezirk Dielsdorf / Dänikon-Hüttikon
Freitag, 1. August 2014, ab 18.00 Uhr, beim Schützenhaus Dänikon-Hüttikon, 1.-August-Feier. 18.00 Uhr: Festansprache von Kantonsrätin **Barbara Steinemann,** 18.30 Uhr: Festwirtschaft mit Apéro, offeriert durch die Gemeinden Dänikon und Hüttikon, und Musik mit der «Schwyzerörgeli-Formation Kunz-Heller», 21.30 Uhr: Abmarsch zum Höhenfeuer mit Lampions und Fackeln, Anzünden des Höhenfeuers mit anschliessendem Abbrennen des mitgebrachten Feuerwerks. Bitte Feuerwerk nur um das 1. Augustfeuer herum abbrennen!

Bezirk Dielsdorf / Weiach
Freitag, 1. August 2014, 20.15 Uhr, Schulhaus Hofwies, Schulweg 6, Weiach (bei schlechtem Wetter im Gemeindesaal), 1.-August-Rede von Nationalrat **Ernst Schibli.**

Bezirk Horgen / Adliswil
Freitag, 1. August 2014, 11.00 Uhr, auf dem Bruggeplatz beim Bahnhof Adliswil, 1.-August-Rede von Nationalrätin **Natalie Rickli,** Brunch ab 10.00 Uhr.

Bezirk Horgen / Horgen
Freitag, 1. August 2014, im Parkbad Seerose, Horgen (bei jedem Wetter), Bundesfeier. Ganzer Tag: Freier Eintritt im Parkbad Seerose, 18.00 Uhr: Eröffnung Festwirtschaft, 19.00 Uhr: Konzert einer Formation der Harmonie Helvetia Horgen und der Kadettenmusik Horgen, 20.00 Uhr: 1.-August-Ansprache durch Kantonsrat **Bruno Walliser,** Chorgesang der Landeshymne, anschliessend Musikprogramm mit Wolfgang Frank & Band, 21.30 Uhr: Lampionumzug für die Kinder (bitte Lampion mitbringen), 22.00 Uhr: Feuerwerk (bei gutem Wetter), Festwirtschaft, Musik und Tanz bis 1.00 Uhr.

Bezirk Pfäffikon / Hittnau
Freitag, 1. August 2014, ab 16.00 Uhr, beim Kirchgemeindehaus, Hittnau (bei jeder Witterung), 1.-August-Feier. Eröffnung Festwirtschaft um 16.00 Uhr, um 17.30 Uhr spielt die Brass Band Musig Hittnau, um 18.00 Uhr wird die Nationalhymne gesungen, anschliessend Begrüssung von Gemeindepräsident Christoph Hitz und Festrede von Nationalrat **Max Binder.** Festbetrieb bis 21.00 Uhr, dann findet für alle Kinder mit einem Lampion eine Verlosung statt, danach erfolgt der Umzug zur Feuerstelle Haselweid, wo das 1.-August-Feuer entzündet wird.

Bezirk Uster / Schwerzenbach
Freitag, 1. August 2014, ab 10.00 Uhr, im Festzelt beim Fussballgarderobengebäude im Zimikerried, Zmorge. 11.00 Uhr: Konzert der Musikgesellschaft Schwerzenbach, 11.30 Uhr: Ansprache von Kantonsrat **Bruno Walliser,** 12.00 Uhr: Kurzeinlage der Musikgesellschaft, 13.00 Uhr: Ende offizieller Teil. Kosten: Erwachsene 5 Fr., Kinder ab 6 Jahren 2 Fr.

Bezirk Winterthur / Elgg
Freitag, 1. August 2014, ab 9.30 Uhr, vor oder im Werkgebäude Elgg, 1.-August-Feier. Brunch ab 9.30 Uhr, Musikalische Unterhaltung mit Felix Leutenegger, Weltmeister im Dauerörgelen, 10.30 Uhr: Begrüssung durch den Präsidenten des Piaggio Car Club Elgg, Peter Ackermann, 1.-August-Ansprache durch Kantonsrätin **Karin Egli,** 10.45 Uhr: Gemeinsames Singen der Nationalhymne, 13.30 bis 21.30 Uhr: Festwirtschaft mit Grill, 21.30 Uhr: Besammlung beim Werkgebäude, Abgabe von Fackeln und Lampions an die Kinder, Abmarsch zum Höhenfeuer, Wienerli mit Brot und Getränk für die Kinder. Brunch: Fr. 23.– pro Person / Kinder 6–16 Jahre Fr. 1.– pro Lebensjahr, Kinder unter 6 Jahren gratis. Anmeldung Brunch per Tel. an Marliese Kekeis über 052 364 35 56, SMS an 078 675 11 54 oder Mail an piaggio.elgg@gmx.ch

Buchberg-Rüdlingen SH
Freitag, 1. August 2014, ab 16.00 Uhr, im Partyzelt bei der Kirche Buchberg-Rüdlingen SH, Bundesfeier. Ab 16.30 Uhr: Musikalischer Auftakt mit dem Männerchor Buchberg, Begrüssung durch Gemeindepräsident Martin Kern, Rüdlingen, Ansprache von Nationalrätin **Natalie Rickli,** Darbietung Turnverein Buchberg-Rüdlingen, Schlusswort von Gemeindepräsident Hanspeter Kern, Buchberg, gemeinsamer Schlussgesang des Schweizerpsalms. Ca. 21.30 Uhr: Abbrennen des Höhenfeuers unterhalb der Kirche. Gemütlicher Festbetrieb bis 24.00 Uhr.

Erlen TG
Freitag, 1. August 2014, ab 16.00 Uhr, im Thalacker in Buchackern, Bundesfeier. 16.00 Uhr: Eröffnung Festwirtschaft, 16.30 Uhr: Jodlerclub Sulgen, 17.00 Uhr: Festansprache von alt Bundesrat **Christoph Blocher,** 18.00 Uhr: Spiel & Spass, Aufführung STV Zihlschlacht, 21.00 Uhr: Singen des Thurgauerliedes & der Nationalhymne mit Unterstützung der Brass Band Erlen, Tanz mit dem Duo «Zum Wohl», 21.30 Uhr: Marsch zum Funken mit Kinderüberraschung.

Krauchthal BE
Donnerstag, 31. Juli 2014, 20.15 Uhr (Festwirtschaft und Grill ab 18.00 Uhr) auf dem Schulhausareal Krauchthal, Bundesfeier unter Mitwirkung der Musikgesellschaft Krauchthal, Festredner: alt Bundesrat **Christoph Blocher,** Übergabe des Bürgerbriefs an die Jungbürgerinnen und Jungbürger, Ehrungen in Kultur und Sport. Ca. 21.45 Uhr: Fackelumzug, ca. 22.15 Uhr: Anzünden des Feuers. Bei schlechter Witterung wird der Anlass in das Ortszentrum Rüedismatt verlegt.

Ricken SG
Freitag, 1. August 2014, 10.30 Uhr (Frühstücksbuffet ab 9.00 Uhr), auf dem Ricken SG, 1.-August-Rede von alt Bundesrat **Christoph Blocher,** anschliessend Mittagessen.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Freitag, 1. August 2014, 9.45 Uhr, in der Waldlichtung bei der Wirtschaft Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich (bei schlechtem Wetter im Restaurant), 1.-August-Feier mit Nationalrat **Alfred Heer,** öffentliche Veranstaltung. Fürs leibliche Wohl und gute Stimmung ist gesorgt. Parkplätze vorhanden.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 18. August 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Post, Poststrasse 4, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und alt Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Dielsdorf / Furttal
Samstag, 13. September 2014, 10.00–11.45 Uhr, Gasthof Höfli, Otelfingen, 3. öffentlicher Politstamm. 10.00 Uhr: Begrüssung durch Kantonsrat Jürg Sulser, 10.05 Uhr: Referat von Regierungsrat Ernst Stocker zum Thema: Verkehr im Wirtschaftsstandort Zürich, 10.45 Uhr: Diskussion, 11.15 Uhr: Apéro (Die Organisatoren laden ein). Organisation: Kantonsrat Jürg Sulser und SVP-Ortssektionen Furttal.

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 6. September 2014, 13.30 Uhr, bei Zentrum Spitzacker in Urdorf, Familienwanderung. Erleben Sie an diesem Tag einen interessanten Rundgang in und um Urdorf. Unter fachkundiger Führung durch Werner Rüegg erfahren Sie eine Einführung in Geocoaching, die moderne Art der Schatz- und Spuren-Suche mit GPS-Unterstützung. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt. Weitere Informationen und Anmeldung bis 22. August 2014 unter www.svp-urdorf.ch

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr, Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr, Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Gottlieb Duttweiler und Carsten Schloter – vom Umgang mit Grenzen im privaten und öffentlichen Leben».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 6. November 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Tessiner-Rundfahrt.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Pässefahrt.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Rhone – Alpen.

Stämme
Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1b, Rüti.

Donnerstag, 4. September 2014, 19.00 Uhr, **6. Stamm,** Restaurant Hirschen, Dorfstrasse 2, Obfelden.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Jährliche Schifffahrt
Dienstag, 26. August 2014, 14.00–17.00 Uhr, Zürichsee, Rundfahrt ab Bürkliplatz, Abfahrt um 14.00 Uhr. Anmeldung an das SVP-Sekretariat, Tel.: 044 217 77 66, Fax: 044 217 77 65, E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch. Unsere Mitglieder sind herzlich willkommen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

32. Kantonales SVP-Schiessen

12./13./14. September 2014
Schützenverein Wädenswil
Schiessanlage Beichlen
8820 Wädenswil

Festzelt und Barbetrieb an allen Schiesstagen

Überraschungsgast am Sonntag und Unterhaltung im Festzelt mit Wadin-Quintett

Schiesszeiten:	Freitag,	15:00 bis 19:00 Uhr
	Samstag,	08:00 bis 12:00 Uhr
		13:00 bis 17:00 Uhr
	Sonntag,	11:00 bis 13:00 Uhr
Gruppen:	Bestehend aus 4 Schützen (3 Zählresultate) einer SVP-Sektion	
Programm:	2 Probeschüsse, einzeln gezeigt 5 Schuss Einzelfeuer 3 Schuss Serie ohne Zeitbeschränkung	
Distanz:	300m	
Anmeldung:	svp2014@svwaedenswil.ch	
Anmeldeschluss:	29. August 2014	

Jetzt anmelden